Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen monatlich 2,00 M. vierteljährlich 6,00 M.
Durch d. Post bez. außerh. Zustellgebühr monatl. 14 P.
Einzelnummern . . . 15 P.
Postfachkonto Danzig 2945.

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen monatlich 2,00 M. vierteljährlich 6,00 M.
Durch d. Post bez. außerh. Zustellgebühr monatl. 14 P.
Einzelnummern . . . 15 P.
Postfachkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Redaktion: Spennhaus 6 :: Telephon 720
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Expedition: Spennhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 227 Dienstag, den 30. September 1919 10. Jahrgang

Eine Droh-Note der Entente.

Sofortige Räumung des Baltikums.

Berlin, 29. Sept. (W. T. B.) General Rubant hat dem Vertreter der deutschen Waffenstillstandskommission in Düsseldorf folgende Note überreicht:

Paris, 27. Sept. Nach dem Wortlaut des Artikels 12 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat Deutschland folgende Verpflichtung übernommen: Sämtliche deutschen Truppen, die augenblicklich auf Gebieten stehen, die vor dem Kriege zu Oesterreich-Ungarn, Rumänien oder der Türkei gehörten, müssen unverzüglich hinter die Grenzen Deutschlands vom 1. August 1914 zurückgezogen werden. Sämtliche Truppen, die sich gegenwärtig auf Gebieten befinden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörten, müssen gleichfalls hinter die oben beschriebenen Grenzen Deutschlands zurückgenommen werden, und zwar sobald die Alliierten es verlangen. Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, hat unter dem 27. August wissen lassen, daß für Deutschland der Zeitpunkt zur Räumung der genannten Gebiete gekommen sei. Er hat die deutsche Regierung durch seine Note vom 3. September zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeit angehalten. Die deutsche Regierung verweigert sich aber der Erfüllung der durch einen Bericht der Gründe anführt, die die alliierten Mächte nicht als stichhaltig anerkennen können. Die alliierten Regierungen lehnen es insbesondere ab, zuzulassen, daß die deutsche Regierung sich der ihr zufallenden Verantwortung dadurch entzieht, daß sie vorgibt, nicht die Macht zu haben, die im Baltikum stehenden Truppen zum Gehorsam zu zwingen. Sie ersucht demgemäß die deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung sämtlicher deutschen Truppen, Stäbe und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Angriff zu nehmen. Dagegen hat die deutsche Regierung unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen, die in der genannten baltischen Provinz gebildet sind, angenommen hatten, hinter die oben beschriebene Grenze zurückzuführen. Sie hat sich ferner jeder Ermächtigung zum Eintritt in solche Dienste zu enthalten und die Annahme solcher Dienste auf das Strengste zu verbieten. Die Räumung muß unverzüglich in Angriff genommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgesetzt haben, daß ihrem Ersuchen voll entsprochen wird, keinerlei der von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht ziehen werden. Sie haben insoweit keine Anweisung gegeben, keinem dieser Anträge stattzugeben. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen gegenwärtig genießt, oder die die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen oder deren Angehörigen zu erlangen sucht, ablehnen. Wenn die deutsche Regierung weiterhin ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, werden die alliierten Mächte alle ihnen erforderlich scheinenden Maßnahmen ergreifen, um die Ausführung der genannten Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages sicherzustellen.

Zu der Note, die die Räumung des Baltikums verlangt, heißt es in der „Deutschen Allg. Ztg.“: Daß die Reichsregierung nicht versucht, dem Abkommen, das sie eingegangen ist, zu widerzuhandeln, ist durch eine Reihe von Maßregeln erwiesen. Es bleibt zweifelhaft, ob die Regierung praktisch imstande sein wird, der deutschen Nationalität Entschlossenheit im Hinblick auf die deutsche Nationalität zu bewahren. Es ist zu hoffen, daß der Verband die angedrohten Maßregeln, die Deutschlands Ruin bedeuten würden dann nicht in die Tat umsetzen wird, wenn er die Ueberzeugung gewinnt, daß die Reichsregierung alle Mittel des Willens und der Tat einsetzt, um im Vertrage zu bleiben.

Im „Vorwärts“ wird ausgeführt, daß den Entente-regierungen bekannt sei, wie die deutsche Regierung fest entschlossen ist, der übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Räumung des Baltikums nachzukommen. Es war darum durchaus nicht notwendig, daß die erneuten Forderungen auf Räumung durch Drohungen nachdruck geben, die dem deutschen Volke die ganze Ohnmacht seiner gegenwärtigen Lage noch einmal aufs schmerzlichste zum Bewußtsein bringen.

heraus: Die aus dem Lande eintreffenden Nachrichten besagen, daß so gut wie ganz der gesamte Eisenbahndienst eingestellt wurde. Unruhen sind nicht gemeldet. — Reuter meldet, daß Anordnungen erteilt worden sind, nach Mitternacht die gesamte Verschiffung von Kohle einzustellen, so daß alle verfügbare Kohle den englischen Verbrauchern zugute komme. Die Angestellten der Londoner Autoomnibus- und der Straßenbahngesellschaft haben beschlossen, am 29. September die Arbeit nicht einzustellen und noch einmal über die Lage zu beraten.

Amsterdam, 29. Sept. Reuter meldet vom 28. Sept.: Der Streik hat in Südwesten eine ernste Lage geschaffen. Die Mehrzahl der Zechen werde bis morgen abend geschlossen haben. Auch in der Stahl-, Eisen-, Weichblech-, Kupfer- und Maschinenindustrie werden Betriebe geschlossen. Der Great Western Bahn gelang es heute, einige Züge zwischen London und Reading und zwischen einigen Provinzstädten laufen zu lassen. Die South Western und Metropolitan Bahn haben einen beschränkten Vorortverkehr begonnen.

Amsterdam, 29. Sept. Das Presbüro Radio meldet, daß eine Anzahl von Lokomotivführern auf der Südost und Shatham Bahn sich bereit erklärt haben soll, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Regierung bedient sich zur Ueberwindung von dringenden Briefen und Botschaften nach den Provinzen der Flugzeuge. Wie die Blätter melden, ist die Regierung der Ansicht, daß eine Einberufung des Parlaments vor dem Herbst nicht notwendig ist. Die Eisenbahngesellschaften teilen mit, daß eine beträchtliche Zahl von Eisenbahnarbeitern, die mit dem Streik nicht einverstanden sind, sich wieder zur Arbeit melden.

Der Berliner Metallarbeiterstreik.

Der Streik der Berliner Metallarbeiter hat gestern nachmittag eine neue Wendung erfahren. Da eine Vermittlung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern von anderer Seite vorläufig nicht möglich erschien, hat Oberbürgermeister Wermuth Vertreter beider Parteien zu sich. Im Laufe des heutigen Tages sollen weitere Besprechungen zwischen beiden Parteien stattfinden. — Zu wünschen wäre es, schreibt der „Vorwärts“, daß bei beiden Parteien die Einsicht Platz greift, welche schwere Schäden dem arg darniederliegenden deutschen Wirtschaftsleben durch diesen Streik zugefügt werden. Wenn auf beiden Seiten diese Einsicht vorhanden ist, müßte es gelingen, den Streik durch Verhandlungen zu Ende zu bringen.

Prügeljenen im italienischen Parlament.

Bern, 29. Sept. (W. T. B.) In der italienischen Kammer kam es bei der Abstimmung über die Tagesordnung, die der Regierung Nitti das Vertrauen ausspricht, zu unerhörten Tumultjenen. Es entstand eine allgemeine Prügelei, an der sich mindestens 50 Abgeordnete beteiligten. Vielen der Beteiligten wurden die Kleider vom Leibe gerissen. Schließlich wurde der Regierung mit einer Mehrheit von 60 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Nitti vertagte die Kammer bis zum nächsten Mittwoch.

Bern, 29. Sept. Nach der gestrigen römischen Kammer-sitzung kam es im Café d'Uragno in Rom zu einer wahren Schlacht zwischen Sozialisten und Nationalisten. Die beiden Parteien schlugen unter Rufen „Es lebe Lenin“ bzw. „Es lebe d'Annunzio“ aufeinander los, wobei die Einrichtungsgegenstände des Cafés als Waffen dienten. Nur mit Mühe konnte die Polizei die Ordnung wiederherstellen.

Die Verhandlungen über die Regierungs-umbildung.

Berlin, 30. Sept. An der gestrigen Konferenz des Reichskabinetts mit den Führern der Fraktionen der deutschen demokratischen Partei, der Sozialdemokraten und des Zentrums nahmen teil die Abgeordneten v. Payer, Schiffer und Peiser für die Demokraten, Scheidemann, Hoyer und Wels für die Sozialdemokraten und Spahn sowie Herold für das Zentrum. — Völlige Einigkeit scheint noch nicht erzielt zu sein, so sagt das „Tageblatt“. — Die letzte Entscheidung, schreibt die „Voss. Ztg.“, liegt bei den Fraktionen, die bisher noch nicht beraten konnten. — Laut „Kotlanz“ fand die Sitzung der demokratischen Fraktion noch gestern abend statt, während die Sozialdemokratie und das Zentrum heute vormittag den Bericht ihrer Führer entgegennehmen werden. Heute vormittag werden voraussichtlich die Führer in der Lage sein, der Regierung Vorschläge zu unterbreiten.

Ist das möglich?

Die „Freiheit“ teilt mit, daß der Redakteur am „Volkswacht“ zu Halle, Otto Küllian, seit sieben Monaten in Untersuchungshaft sitzt, weil er seinerzeit Vorsitzender des revolutionären Arbeiterrats gewesen sei. Trotz dieser langen Untersuchungshaft sei bisher eine Anklage gegen ihn nicht erhoben. Er habe jetzt zum Hungerstreik gegriffen, um zu erreichen, daß er entweder freigesprochen oder daß endlich gegen ihn verhandelt werde.

Noske's Berliner Rede.

Wie wir bereits gestern kurz berichteten, nahm Gen. Noske am Sonntag in einer Berliner Vertrauensmänner-sitzung Gelegenheit, seine Politik zu verteidigen. Unsere Genossen, darunter Vorwärtsredakteur Ruttner, haben an seinem Verhalten Kritik geübt. Noske erwiderte darauf ausführlich und seine Darlegungen waren so überzeugend, daß ihm die Genossen einstimmig ein Vertrauensvotum ausstellten. Bei der Bedeutung der Rede Noske geben wir sie heute ausführlich wieder:

„Als mich Ruttner wegen des

Falles Reinhard

anrief, habe ich ihn gewarnt, auf jede Rederei einzugehen. Das Vertrauensvotum für Reinhard ist zwischen Ruttner und mir erörtert worden. Die Vertrauensmänner haben mir versichert, daß Reinhard keine monarchistische Propaganda in der Truppe getrieben hat. Sie haben auch versichert, daß in keiner Truppe ein solches Vertrauensverhältnis zwischen Mannschaft und Führern besteht, wie in der Brigade Reinhard. Es wird so sein, daß Reinhard einmal eine unpassende Bemerkung gemacht hat, wie es auch anderen passiert ist. Es bleibt dabei, daß Reinhard uns in schwerster Zeit wertvolle Dienste geleistet hat und daß ich einen solchen Mann nicht auf Redereien hin über die Klinge springen lasse. Ich habe eine schriftliche Erklärung, in der Reinhard den Sachverhalt klargestellt hat. Die Angelegenheit hat

dem Reichskabinet vorgelegen,

und dieses hat einstimmig erklärt, daß kein Anlaß vorliegt, diese Affäre weiter zu verfolgen. Das in der „Weltbühne“ veröffentlichte Interview mit Reinhard ist eine Dichtung. Ich kann den militärischen Apparat nicht in Ordnung bringen, wenn ein halbes Duzend Organisationen der Offiziere und Unteroffiziere besteht, die sich innerlich der Truppe gegenständig Konkurrenz machen. Ich habe kein Interesse daran, daß die Kaserne zu einem politischen Diskussionsklub gemacht wird. Die Truppe als Gesamtheit muß unpolitisch sein. Der einzelne Soldat kann natürlich seiner politischen Neigung unbehindert nachgehen. Wenn in der Kaserne politische Propaganda getrieben wird, dann funktioniert der militärische Apparat nicht. Es ist klar, daß ich mein Amt, zu dem ich mich nicht gedrängt habe, nicht führen kann, wenn nicht die Parteigenossen im Lande hinter mir stehen. Es ist richtig, daß dauernd versucht wird, auf die Truppen in monarchistischen Sinne einzuwirken, genau so, wie auch jeden Tag versucht wird, daß die Kommunisten und die Unabhängigen an die Soldaten herantreten. Das Recht der Propaganda haben doch die Leute. Das kann ich nicht verbieten. Sache unserer Parteigenossen ist es, eine Gegenagitator zu betreiben.

Der Reichswehrminister gab dann ein allgemeines Bild der deutschen Entwicklung seit der Revolution und seine Tätigkeit in ihr: wir haben jetzt die schönsten Freiheiten auf dem Papier stehen (Zuruf: Auf dem Papier!), die in die reale Wirklichkeit umzusetzen ist nicht Sache der Regierung, sondern des Volkes selbst. (Sehr gut!) Der große wirtschaftliche Umwandlungsprozeß hat erst begonnen, und die Weltrevolution, als die sich dieser Krieg darstellt, wird noch nach Jahrzehnten nachwirken. Das Maß der revolutionären Errungenschaften, das ein Volk sich sichert, hängt ab

von seiner politischen Reife

und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen. Von den revolutionären Errungenschaften geht nicht mehr verloren, als wir selbst durch das Ungeheiß preisgeben, mit dem wir wie ein Ochse im Porzellanladen in der Wirtschaft herumfahren. (Sehr gut!) In vielen Berliner Räteversammlungen geben jetzt ehemalige Unorganisierte und Gelbe den großen Ton an. Kriegervereine bis zum 9. November, sind sie jetzt maßlos in ihren Forderungen und Wünschen und unklar in ihren Zielen. Sie haben die Revolution zu einer reinen Lohnbewegung degradiert, aber ich bin sicher, sie legen die Hand wieder an die Hosennäht, sobald sie die Faust der Reaktion wieder im Nacken spüren. (Lebhafte Zustimmung.) Unbegreiflich schön und greifbar wäre die deutsche Revolution gewesen, wenn die großen Massen wirklich sozialistisches Gefühl gehabt hätten, statt nur für sich möglichst viel herauszuschlagen zu wollen. (Sehr wahr!) Für Hunderte und Tausende war die Revolution nur eine Gelegenheit zum Beutemachen. (Sehr wahr!) Das macht die anständigen Menschen kopfscheu und jagt sie wieder dem alten Regime zu. (Zustimmung.) Leute, die nie den Mund aufgemacht haben, solange der Schützengraben ihnen drohte, haben nach der Revolution in den Fabriken

an Terrorismus, Niederträchtigkeit und Vergewaltigung anderer Meinungen die schlimmsten Sünden der vergangenen Machthaber tausendfach übertraffen.

(Lebhafte Beifall.) Sollen wir von diesen Brählhänen und Großmäulern Deutschland zugrunde richten lassen? (Sehr gut!) Als ich die Frage einmal vor den Danziger Werkstarbeitern stellte, antworteten mir unsere Genossen: Nein, viel fester! müssen Sie zupacken! Da habe ich ihnen erwidert:

Schlappschwänze, wehrt Euch selber!

(Stürmischer Beifall.) Wenn wir jetzt 80 Prozent der großen Einkommen wegsteuern, so arbeiten die Betriebe doch über-

Alle Räder stehen still.

Der Eisenbahnstreik in England.

England ist ohne Eisenbahnverkehr. Die Eisenbahner haben den Generalkonferenz erklärt. Auch hier dreht es sich wie in Amerika um die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen, die bisher Privatgesellschaften gehören. Nach den bisherigen Meldungen scheint der Streik allgemein zu sein.

Amsterdam, 29. Sept. Einer Reutermeldung aus London zufolge gibt Downing Street folgende Mittagsmeldung

Proletenpartei

Am 1. Okt. abends 6 Uhr. im Versteherhaus
Prolet-Bekanntmachung gegen die
Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft

Zu dieser Versammlung sind alle Kreise der Bevölkerung eingeladen.
Die Parteileitung. J. A. Wilh. Krüger. Das Gewerkschaftskartell. J. A.: P. Klofowski

wiegend für die Massen. Denn wir Betriebsräte schaffen, sind doch die Arbeiter nicht mehr Lohnslaven, sondern Mitbestimmende. Aber Jenseit hat das nur, wenn nicht jedes zwangsgläubige Staatsmitglied glaubt, in einem Millionenbetrieb umherzuleben zu können, sondern wenn die erfahrensten, reifsten und klügsten Arbeiter Arbeiterräte sind. Die Früchte für die Lebenshaltung der breiten Massen werden sowieso erst in Jahrzehnten reifen. Aber den Massen eine raschere Erfüllung ihrer Wünsche vorgaukeln, scheidet auch am raschesten, wenn er zur Regierung gerufen wird. Wir brauchen, um die Staatsgeschäfte zu führen, ein außerordentliches Maß von Verantwortlichkeitsgefühl und Mut. Lassen wir die Dinge ruhen, dann haben wir bald russische, ungarische, Münchener Zustände. Sehr weit waren wir davon nicht mehr entfernt, als ich nach Berlin gerufen wurde. (Sehr wahr!) Hatten wir etwa die Gewehre auf die Straße getragen? (Jurist! Nein!) Die anderen terrorisierten die große Mehrheit der Bevölkerung und rüsteten sich zur Übernahme der Regierung. Damals war der Zentralrat am Ende seines Latens. Damals kamen die Berliner Funktionäre zu mir und baten: Schlagen Sie doch zu und haufen Sie die Bande in Stücke. (Heiterkeit.) Und so begann mein „Berliner Blut- und Schredensregiment“. Natürlich, als geschlossen wurde, gingen auch Kugeln vorbei, und dann ging das Jammern und Heulmeiern los. Aber ich wiederhole aus meiner Dresdener Rede: Wenn wir durchkommen wollen, müssen wir den Mut zur Härte haben und lieber ein paar Löffel opfern, als ein 50-Millionen-Volk. Die Reichswehr ist eine dauernde Gefahr, wie jede Söldnertruppe, wenn sie nicht frisst, eigene Manneszucht hält. Darum muß sich die Partei das ewige Duangeln und Mordeln abgewöhnen. Eine Reihe Offiziere waren reine Wallenstein, die mir ihre Truppe von sich aus zugebracht haben. Nun muß das alles in Ordnung und feste Form gegossen werden. Den

Aktenkneisestill auszusprechen.

den ich übernommen habe, wäre auch kein anderer rascher imstande. Mein Bedarf an Arbeit und Beschäftigung ist durch das letzte halbe Jahr reichlich gedeckt. Wenn sich einer findet, der mein Amt haben will, mit Ruhm. (Große Heiterkeit und Bewegung. Zuruf: Justus muß bleiben!) Ich verabschiede jetzt täglich einige Dutzend Offiziere. Alle, die sich irgendwie reaktionär bemerkbar gemacht haben, werden herabgeworfen, aber soll ich nun zur Freude der „Vorwärts“-Leser die

Liste der 200 verabschiedeten Generale.

der guten und der Schlechten, veröffentlichten? Genossen! Im Offizierskorps bleiben in erster Reihe die Leute, die im Januar für uns gekämpft haben. Sodann die armen Frontoffiziere, die sich im Kriege ausgezeichnet haben. Die reicheren Offiziere kann ich eher entlassen. Wir werden

am 1. Januar 1920 ein betriebsnaues Offizierskorps

haben, das mit seiner Tätigkeit an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist. (Beifall und Bewegung.) Wo Uebergänge vorzunehmen, schaffe ich Remedat. Dem Major Lange habe ich volle Genehmigung erteilt, aber er ist leider zur Polizeitruppe gegangen. In Thüringen habe ich Befehl gegeben, auf jeden Mann zu feuern, der nach dem Ballismus herüber will. Aber auch dort läßt sich der schauerhafte Knuten nicht mit Gewalt durchhauen, sondern nur mit harter, ruhiger Geduld lösen.

Eine gewisse Schwerefreiheit

muß man in diesen Zeiten jedem Menschen zugestehen. (Heiterkeit.) Man kann nicht verlangen, daß die Offiziere von den jetzigen Verhältnissen entsetzt sind. (Sehr wahr!) Deshalb ist von Gegenrevolutionen nach lange keine Rede. Gewiß! Auch doch, wie die Räter Nationen zu gehen, als die Revolution ihnen längst gezeigt hatte, gingen sie immer noch mit einem Auge nach hinten, ob nicht doch das alte Regiment wiederkehrte und sie als Reuterer an die Rabe knipfen. (Heiterkeit.) Georgi habe ich Befehl, daß die anständigen Leute nicht einen Stein vor der Revolution bekommen und lassen vom des Sozialismus ist. Ich war eine anständige bürgerliche Regierung. (Zuruf: Das hört man eben aus Leipzig!) Die Sozialdemokratische Revolution ist die Zustimmung für die schmerzliche Scheitern unserer dortigen Genossen. Ich habe für vor Monaten hinweg genommen, mit den Umständen zu leben und dann Konzepte über Konzepte zu machen, ich habe ihnen gesagt: Stellen Euch die Unabhängigkeit der Stadt auf dem Kopf, ich werde sie Euch wieder auf den Kopf. (Große Heiterkeit.) Aber sie haben die Unabhängigkeit verloren, und jetzt haben sie die Revolution. Haltet die Herzen zusammen, und es müßte mit dem Kopf gehen, wenn nicht die Zukunft uns gehört. (Beifall, langanhaltender Beifall.)

Lokales.

Zentralverband der Angestellten. Das morgen ab mit in Reihe und in Danks eine neue Organisation in Kraft. In der Reihe über 10000 und in Danzig über 1000 Mitglieder. Es ist der Zentralverband der Angestellten. Gestern wurde hier in der Geschäftsstelle eine gut besetzte Versammlung abgehalten. Die Genossen Leu und Krüger sind aus dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und des Zentralverband der Buchhändler.

Kasse S. S. S. hat einen Vortrag über den Zentralverband und die Zukunft der Angestellten. Er legte dar, wie die Handlungsgehilfen die wirtschaftliche Notwendigkeit erkennen, sich als gewerkschaftliche Organisation zusammenzuschließen. Die gleiche Erkenntnis sei jetzt auch in weite Kreise der Handlungsgehilfen gekommen. Man habe früher gesagt,

es bestehe kein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Jeder könne in gutbezahlte Stellen kommen. Dabei war aber vergessen worden, daß diese Stellen nur gering waren. Man habe sich organisiert, aber sich selbst Soldaten gesetzt. Eine Luft ist künstlich aufgelassen worden zwischen Kopparbeitern und Handarbeitern. Man habe auch die Formen des gewerkschaftlichen Kampfes abgelehnt. Die Organisationen waren dann auch gesplittert. Die einen glaubten, daß nur die Arbeit grundsätzlich ab, die anderen glaubten, daß nur die Juden die Gegner der Angestellten seien, obwohl die größten Scharfmacher christlich-germanische Arbeitgeber waren. So habe man sich jetzt zusammengeschlossen und wolle alle Angestellten vereinigen. Die Leitung sei einheitlich, die Stochkraft stärker, man spare auch an Arbeit und Kosten. Die besonderen Interessen werden in Branchenabteilungen vertreten. Der Monatsbeitrag beträgt 2 bis 4 Mark, je nach dem Einkommen. Eine Zeitschrift und Wohlfahrtsvereine seien vorhanden.

Hierauf wurde der Vorstand wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender Redakteur L o o p s, 2. Vorsitzender Sekretär L e u, Kassensführer Bergstangeleiter S h a r a f i n s k i, Schriftführer Bergstangeleiter L u d w i g, Stellvertreter Versicherungsbeamter Krüger, Beisitzer Rechtsanwaltsbürovorsteher K o b i e l l a, Versicherungsamter S c h i l d, Bürogehilfin S c h ö n h o l z.

Frauenabend. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet im Singaal der Betriebskule, am Hansplatz, der Frauenabend der sozialdemokratischen Frauen statt. Genossinnen, haltet euch den Abend frei und erscheint zahlreich. Die Genossen werden gebeten, ihre Frauen darauf aufmerksam zu machen.

In der Schleichhandelsgebiets der Stadtschleichen Mühle hatten wir berichtet, daß ein größerer Posten Schleichhandelsmehl an den Kaufmann Wachowski in Stadtgebiet verschoben worden sei. Wie wir jetzt erfahren, ist die Schleichware an einen Kaufmann gegangen, der im Wachowskischen Hause wohnt. Herr Kaufmann Wachowski selbst und auch sein Geschäft haben mit der Angelegenheit nichts zu tun.

Wasam das Weib am Meise leidet und der Mann am Weibe. Nach den zahlreichen „Aufklärungsfilmen“ der letzten Wochen, die anhaltend fumeantend wirken, nach der Flut von „Aufklärungsschriften“, deren größter Teil ebenfalls nur die denkbar schlechteste Wirkung auslösen und von Halbwüchsen beiderlei Geschlechts gierig verschlungen wurden, werden alle die, denen an einer wirksamer, schneller Aufklärung gelegen ist, die Vorträge des Herrn Gerling mit Freude begrüßen.

Herr Gerling, dessen Name als Hygieniker und Schriftsteller bekannt ist, ist wohl der erste, der seit Jahren wieder in Danzig derartige Aufklärungsvorträge hält. Wie selten ein anderer besitzt er die Gabe, dieses heikle Thema zu behandeln und schonungslos sich er den Schleiern von den Dingen, die andere ängstlich zu verhüllen bemüht waren. Die Zahlen, die der Redner anführte, gehalten sich zu wichtigen Anklagen gegen die alte moralische Gesellschaftsordnung, die mit ihren falschen Sittlichkeitsbegriffen der Wahrheit ängstlich Scheitern anlegte, anstatt ihr ins Gesicht zu sehen. Etwa 40 Krugel aller Männer in Deutschland jährlich 1 1/2 Milliarden Ausgaben jährlich für geistig und körperlich minderwertige Menschen, alles Folgen einer ungenügenden Aufklärung. Folgen der Aufklärung: Laß das ganze Volk zugrunde gehen, wenn nur die falsche Sittlichkeit erhalten bleibt. Reicher Verfall lohnt dem Redner für seinen feinen humorvollsten Vortrag.

Sie können nur wünschen, daß die nächsten Vorträge noch stärkeren Bezug aufweisen als der geistige, besonders die Arbeiterklasse, daß bei diesen Aufklärungsvorträgen nicht fehlen, um selbst aufklärend wirken zu können.

Sportkette. Eine besondere Vergünstigung für die Leser unseres Blattes hat die Direktion Fritz Stiel getroffen um auch den minderbemittelten Familien den Besuch der Vorstellungen zu ermöglichen. Vom Montag bis Sonnabend zahlen unsere Abonnenten für Rückfahrkarte 4 Mark nur 2 Mark gegen Ablieferung der Karte. (Siehe Inserat.) Der Besuch der Vorstellungen ist sehr zu empfehlen.

Kingkämpfe im Wintergarten. Der vorletzte Tag der Veranstaltung brachte noch zwei spannende Kämpfe. Zuerst gelangte der erste Kampf zwischen dem Riesen Kingkämpf und dem Weltmeister Schwarz zum Austrag. Auch bei diesem Kampf erwies sich die Überlegenheit des Weltmeisters, der den Boden nach 32 1/2 Minuten durch Kufführung mit Beinhel auf beide Schultern brachte. — Sodann gab es noch einen kniffligen Kingkampf zwischen King und King. Infolge seines größeren Gewichtes und besseren Routine legte King nach 34 Minuten durch Armzug am Boden.

Kingkämpfe im Wintergarten. Nach dem Kingkämpfen werden heute die Preise verteilt. Die ausgeschriebene Prämie von 1000 Mark zerfällt in vier Teile und zwar erhält derjenige King der zum nächsten auf der Landung herbeigeht oder die meisten Punkte zu verzeichnen hat den ersten Preis im Betrage von 500 Mark, der zweite Preis beträgt 250 Mark, der dritte 1500 und der vierte 1000 Mark. Ferner erhält der erste Sieger als Ehrenpreis einen Silbernen Krug.

Polizeibericht vom 28. September 1919. Verhaftet: 16 Personen darunter 6 wegen Diebstahls, 3 wegen Verletzung von Fremdeigentum, 7 in Folgehaft. — Gefunden: 1 schwarzes Ledermantel mit Geld, 1 kleiner Schüssel und 1 Zettel mit 6 Mark, 1 braunes Lederportemonnaie mit Geld, einem Geldbeutel und einem Uhrschlüssel, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Wasserstandsnotizen am 28. September 1919.

	gestern	heute	gestern	heute	
Thorn	0,84	0,85	Dresdel	0,69	0,65
Rechen	0,79	0,77	Döbhu	1,49	1,94
Lein	0,76	0,74	Erlange	2,50	2,49
Brandenburg	—	—	Schönewald	2,78	2,60
Bayreuth	1,10	1,11	Waldsiedl	0,01	0,17
Waldsiedl	0,75	0,67	Waldsiedl	1,12	1,11

Wilhelm-Theater.

Gastspiel Gerhard Fuchs: „Der Adels Bauer.“
Das Danziger Kind, das gestern im Wilhelmtheater eine Probe seines Könnens ablegte, macht seiner Vaterstadt Ehre. Gerhard Fuchs — derzeit am Neffentheater in Wiesbaden — statuierte den „Adels Bauer“ mit allem aus, was diese dankbare und doch schwierige Rolle braucht. Er zeichnet sich scharf als Karikatur, ohne deshalb die gute Seele zu vermissen. In der Masse und im Spiel ausgezeichnet — die Ausdrucksfähigkeit seines Gesichts verdient besonders gebucht zu werden — wäre mir — Aber zu einem Urteil über das gesungene Können, reicht die Rolle nicht. Bleibt das Gastspiel auf ein Engagement hin, so ist der Direktion des Wilhelmtheaters ein Zugreifen zu empfehlen. — u.

Verantwortlich für Redaktion: Gust. Dopf; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag und Druck: J. G. H. & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund der Bestimmungen des Magistrats über die Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Danzig wird nachstehendes bestimmt:

Personen, die in Danzig ihren Wohnsitz haben und Ansprüche auf Zahlung der Erwerbslosenunterstützung erheben oder erheben wollen, haben sich an allen Werktagen, auf den nachfolgend aufgeführten Arbeitsvermittlungstellen persönlich zu melden. Falls ihnen geeignete Arbeit, die jeder auch außerhalb seines Berufes und Wohnortes anzunehmen verpflichtet ist, nicht nachgewiesen werden kann, wird die ihnen behändigte oder zu behändigende Vormerkkarte unter dem Datum des Tages, an dem die Meldung erfolgt, in der vom Arbeitsamt der Stadt Danzig bestimmte Weise mit einem Stempelaufdruck oder einer sonstigen Kennzeichnung versehen. Die in die Vormerkkarte eingetragenen Meldeweiter bilden den Nachweis dafür, daß der Arbeitnehmer an den bezeichneten Tagen ohne Arbeit war und ihm Arbeit auch nicht nachgewiesen werden konnte. Erwerbslosenunterstützung wird nur für die Tage gezahlt, an denen ausschließlich der Vormerkkarte eine Meldung auf dem Arbeitsnachweis erfolgt ist.

Die Anträge auf Festsetzung und Bewilligung der Erwerbslosenunterstützung sind vom 1. Oktober d. J. ab werktäglich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr

a) für die im Innern der Stadt Wohnenden

Brotsäckergasse 44, 1 Tr.,

b) für die in den Vorstädten Wohnenden

Brotsäckergasse 38, 1 Tr.,

zu stellen.

Jeder Arbeitssuchende ist verpflichtet, sich bei der Meldung auf dem Arbeitsnachweis wie bei der Stellung des Antrages auf Erwerbslosenunterstützung im Kriegsärzteramt durch Vorlegung von Ausweispapieren über seine Person und, wenn er Kriegsteilnehmer war, über seine ordnungsmäßige Entlassung auszuweisen. Ferner hat er durch eine polizeiliche Festbestätigung darzutun, daß er bereits vor dem Kriege in Danzig wohnhaft war und gearbeitet hat oder zum mindesten seit dem 31. März 1919 in Danzig oder einem zu seiner Umgebung gehörenden Orte mit seiner Familie einen gemeinsamen Hausstand führt. Auf Verlangen hat er sich auch über die Zahl der von ihm zu unterhaltenden Familienangehörigen durch Vorbringung einer polizeilichen Bescheinigung auszuweisen.

Arbeitsstellen für die täglichen Meldungen sind:
für Facharbeiter die Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes, Elisabethwall 2, (Generalstabgebäude),
für ungelernete und jugendliche Arbeiter die Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes, Löbberggasse 1—3,
für kaufmännische und Büroangestellte die Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes, Elisabethwall 2 (Generalstabgebäude),
für Gastwirtsgehilfen die Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes Elisabethwall 2,
für weibliche Hausangestellte, gewerbliche Arbeiterinnen jeder Art und weibliches Gastwirtspersonal die Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes, Langgasse 2,
für weibliche kaufmännische Angestellte Arbeitsnachweis des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte, Brotsäckergasse 38.

Die Meldungen haben in den Vormittagstunden zu erfolgen. Danzig, den 27. September 1919. (4705)

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsauswärtigen.

Höchstpreise für Mühlenenergieerzeugnisse.

Von Seiten des Publikums wird wiederholt Klage darüber geführt, daß die Höchstpreise für Mühlenenergieerzeugnisse überschritten werden. Es wird darauf verwiesen, daß die Höchstpreise für Getreide 48 Pf. für Gerstengroß und Gerstengröße 44 Pf. für ein Pfund betragen. Gewöhnliche Haferstroden kosten 62 Pf. 1/2 Pfund, in 1/2-Pfund-Packungen 38 Pf., Haferstroden (Kindererziehung) in 1/2-Pfund-Packungen kosten 45 Pf., in 1-Pfund-Packungen 62 Pf., Haferstroden (Kindererziehung) in 1/2-Pfund-Packungen 44 Pf. Die Ueberschreitung der Höchstpreise ist strafbar. Die Händler dürfen diese Höchstpreise auch nicht überschreiten, in dem sie für Ueberschreitung die Preise noch oben abrunden.

Gewerkschaften sind bei der Preisprüfungsstelle, Löbberggasse 33, 3 Tr., anzugehen.

Danzig, den 29. September 1919. (4706)

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsauswärtigen.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 227

Dienstag, den 30. September 1919

10. Jahrgang

Deutschlands Hochschulen ein Hort der Reaktion.

Nirgends ist dem erschreckenden Aufbruch der Revolution mit solch stiller und zäher Erbitterung der Zutritt verwehrt worden, wie an Deutschlands Hochschulen. So manchem, der unter glücklicheren Umständen sich das Herz vor Freude, Wonne, die Umwälzung, die sich überall erfolgreich Bahn nehmen zu bieten, schien ihm die beste Gewähr für seine Anher, man bemühte sich, das Unpersönlichste auch dem Unpersönlichsten zugänglich zu machen. Was ist bis heute gegründeten sozialistischen Hochschulgemeinschaften, der von links und rechts durch den Buss geschwollener deutschnationaler Anführungen erdrückt wird, zeugt von Deutschlands neuem Zeitalter. Fürwahr, ein glücklicher Zeuge! Mit ehrfürchtigem Schweigen macht, so wird der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ von einem Studienbesessenen geschrieben, die fegezeitliche Arbeit unserer neuen Kultusministeriums vor der Wirkungsstätte der deutschen „Geistheroen“ halt. Welch bewundernswürdige Tätigkeit haben gerade unsere Professoren im Dienste der Vaterlandspartei und ähnlicher alldeutscher Mißgebilde zur völligen Vergiftung der belagerten Wälder entfaltet. Mit verächtlicher Miene bezeichnen sie die Revolution als ein Zwangsmittel der Arbeiterschaft, gestiegerte Lohnforderungen durchzubrüden, schreien über die vaterlandlosen Gefellen, die die Notlage des Vaterlandes zur Durchsetzung egoistischer Ziele ausbeuten. Unangenehm ist jeder Kritik muß man lesen, daß es angesichts der teuren Zeit dringend erforderlich war, das Honorar an den Hochschulen um 100 Prozent zu erhöhen. Man muß sich nur klar machen, welche enorme Gehälter gerade in der jetzigen Zeit infolge der Ueberfüllung und durch das Einlegen von Zwischenjahren den Professoren zufallen. In diesem Jahre werden zwei Zwischenjahre und ein Sommersemester gelesen, man kann sich von den Gesamteinkünften unserer Professoren also ein ungefähres Bild machen. Im schreienden Gegensatz dazu stehen die Einkünfte der Privatdozenten. Dieses System der Protektionswirtschaft, das nur den Reich begüterten zur Univeritätslaufbahn zuläßt, das hat durch die Ereignisse der Revolution nicht den geringsten Abbruch erlitten. Solange nicht durch Einführung frischer demokratisch denkender Kräfte, denen auch als Privatdozenten unabhängige Existenzmöglichkeit gesichert sein muß, dem Univeritätslehramt neues Blut zugeführt wird, solange werden unsere Hochschulen der Hort der Reaktion sein.

Was hier von den Hochschulen gesagt wird, gilt fast ausnahmslos auch für die höheren Schulen. Dieses Institut trägt noch heute mehr als ein anderes die Merkmale des Klassenstaates an der Stirne. Was sich hier trifft, Lehrer wie Schüler, entstammt mit wenigen Ausnahmen den so genannten besseren Schichten unseres Volkes, oder bildet sich zumindest ein, zu ihnen zu gehören, was oft noch schlimmer ist. Der große Kieglöffner aber hier, wie überall im alten Staate, ist das Geld.

Die höhere Schule ist auch heute noch die Standeschule par excellence. Sie ist anti-sozialistisch, im letzten Grunde anti-demokratisch, ja oft wütend gegen die Arbeiter. Sie ist ein Hindernis sehr oft der wissenschaftlichen, fast immer aber der Bildung zum Gemeinsein. Wenn selbst die Einheitschule käme, wenn sie im vollen Umfange, wenn sie gleich käme: die

Führer der Nation in jedem Belang der Bildung, die Metzger, Richter, Oberlehrer, Univeritätslehrer, die Offiziere der künftigen Reichswehr, Redakteure, Ingenieure, Fabrikdirektoren, Wahl- und Bekehrungsbeamte auf Jahre hinaus einfach gezwungen sein wird, sie alle erhalten den ersten Abschiff ihrer geistigen Persönlichkeit zunächst noch immer in den Oberklassen der alten höheren Lehranstalten.

Frankreichs Entvölkerung.

Die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet“ bringt aus Paris einen Bericht über die Bevölkerungsschwierigkeiten in Frankreich, der auch für uns Deutsche nicht ohne Interesse ist.

Im Jubelrausch des Siegesfestes und in der gleichenden Eleganz hochgestimmter Reden, heißt es da, wurde wieder und wieder betont, daß Frankreich mehr als irgend ein anderer Staat im Kriege gelitten hat. Am 14. Juli wurde man sich gegen anderthalb Millionen vernichtet und während des Krieges die Geburtenziffer auf die Hälfte der Zahl reduziert hat, die vor dem Kriege bestand.

Seit mehr als einem Menschenalter hat Frankreich unter seinen immer mehr abnehmenden Geburtenzahlen gelitten, im Krieg aber nahm diese Bewegung katastrophale Dimensionen an:

1913	wurden	604 800	lebende Kinder geboren,
1914	"	594 300	"
1915	"	387 800	"
1916	"	315 100	"
1917	"	343 300	"
1918	"	361 500	"

Das Jahr 1916 läßt sich mit den anderen Jahren nicht ganz vergleichen, weil in jenem nur die 77 französischen Departements berücksichtigt sind, die von den Deutschen nicht mit eingerechnet wurden. Alle Kriegsjahre weisen eine Verminderung von etwa der Hälfte der normalen Zeit vor dem Kriege auf.

Am 17. Juli, wenige Tage nach dem Siegesfest, erschien eine offizielle Statistik über die Kindersterblichkeit in Paris und seinen Vororten für das Jahr 1918, die im höchsten Maße die Sorgen der Franzosen um die Zukunft erregen dürfte. Nach dieser Veröffentlichung betrug infolge der Entbehrungen im Kriege die Sterblichkeit der Kinder unter 1 Jahr im Departement Seine 40 Prozent, vor 1914 hatte sie nur 10 Prozent betragen. Das Departement Seine, Paris und Vororte umfassend, hatte bei der letzten Volkszählung 4 155 000 Einwohner gezählt, vor Kriegsausbruch wahrscheinlich 4 1/2 Millionen, das ist ungefähr die doppelte Einwohnerzahl Norwegens oder ein Achtel ganz Frankreichs. Paris gab in der Frage nach Geburt und Sterblichkeit den Durchschnitt für ganz Frankreich ab. Vor dem Kriege war die Geburtenziffer am höchsten in den nordöstlichen Industriegebieten, das heißt den von den Deutschen besetzten Teilen und überhaupt in Nordfrankreich, am niedrigsten im Südwesten, im Gebiete der Garonne und ihrer Nebenflüsse. Paris stand im allgemeinen etwas über dem Durchschnitt des ganzen Landes und in der Frage der Sterblichkeit hatte der Ausschlag in der Volkshygiene das Seine-Departement auf eine verhältnismäßig hohe Stufe unter den französischen Departements gehoben.

Es läßt sich daraus schließen, daß die Kindersterblichkeit im übrigen Frankreich gleich groß war, wenigstens in den Städten und größeren Gemeinden. Die Veröffentlichung für das Seine-Departement kann als Vorbereitung für die Aufnahme der Zahlen für die ganze Republik betrachtet werden. Mit aufrichtiger Angst mußte jeder patriotische Franzose diesen Zahlen entgegensehen, die die Hauptsumme von dem ausmachen, was nach 20 Jahren die Wehr- und Arbeitskraft des Landes darstellen wird. Fünf Jahresklassen der französischen Bevölkerung, gerade die jüngsten, sind nur halb so zahlreich als ihre Vorgänger. Das jährliche französische Aushebungskontingent beläuft sich auf 225 000 bis 250 000 Mann. Wenn der Jahrgang 1915 einberufen wird, wird keine Zahl nicht viel über 100 000 betragen. Und sollte die Kindersterblichkeit noch größer werden, dann kann die Zahl der Wehrfähigen leicht noch mehr sinken.

Das sind düstere Zukunftsaussichten, die dazu führen müssen, Frankreich trotz Elsaß-Lothringens zu der schwächsten der lateinischen Schwefelkationen zu machen. Italien hat wirtschaftlich ebenso geübt wie Frankreich, aber seine Geburtenzahl der letzten Jahre ist etwa doppelt so hoch wie die Frankreichs. Das gleiche gilt für Spanien. Vor 100 Jahren wurde in Frankreich eine Million Kinder geboren, in Spanien keine halbe; 1918 wurden in Frankreich 360 000 Kinder geboren, in Spanien mehr als 600 000.

Das Schiebergut eines Direktors.

Der Bergarbeiterverband berichtet von einer Schiebung, die verdient, der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu werden.

Herr Spindler, seines Zeichens kaufmännischer Direktor der allgewaltigen Firma Stinnes, hat im Uppischen ein großes Gut gekauft, das aber in seiner Verfassung dem feinen Herrn Direktor nicht genügt. Er läßt deshalb den Bau zu einem herrschaftlichen Landgut mit allem Komfort der Neuzeit umgestalten. Wer nun aber glaubt, daß der reiche Herr seinen herrschaftlichen Landsitz aus dem eigenen Geldsäckel bestreitet, der ist schwer auf dem Holzwege. Wofür ist denn Herr Spindler der allgewaltige Direktor, unter dessen Willen sich alles beugen muß. Also einfach die Herrschaftsrechte geltend gemacht. Die Firma Stinnes ist ja reich an Materialien und Arbeitskräften, die Herr Spindler für seinen herrschaftlichen Umbau nutzbar machen kann. Also nur immer feste gearbeitet und angeliefert auf Kosten der Belegschaftslisten und Rechnung des Herrn Stinnes. Schieben ist nun einmal eine Tugend unserer modernen Zeit und warum soll nicht auch der Herr Direktor schieben.

Nach den Angaben der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes hat dieser Ladegutschieber

- 30 Waggon Ziegelsteine,
- 1 Waggon Zement (300 Sack),
- 8 Waggon mit Fenstern, Türen, Türbekleidung, Fußböden, Tische, Schränke, Waschtisch,

ja sogar einen Kochkessel der vor der Revolution für die Gefangenen gebraucht wurde, nach seinem Landgut verschoben. Sämtliche Holzarbeiten, wie Fenster, Türen, Tische usw. sind von den Arbeitern des ehrenwerten Direktors hergestellt und auf Kosten der Firma geliefert worden. So kann man mit wenig Aufwand zu einem herrlichen Landgut kommen.

Nur gut, daß sich der Betriebsrat etwas liebevoll um die Dinge gekümmert hat. Er hat dem Bergarbeiterverband Bericht erstattet und dieser hat die Schiebung des Herrn Spindler der Kriminalpolizei zugeschoben, die hoffentlich

Ins Arbeiterhaus: die Arbeiterzeitung!

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm

(Fortsetzung.)

Die Frau Pastorin hatte indes unablässig nach Gites ... hingesehen, die jetzt unter dem Spitzhut des goldbrokatenen Kappchens wie in dunklem Feuer brannten. Bei dem zunehmenden Getöse am Tische aber hatte sie nichts verstanden; auch an ihren Nachbar wandte sie sich nicht wieder, denn keimende Ehen — und um eine solche schien es ihr sich denn doch hier zu handeln — schon um des daneben keimenden Traupianigs für ihren Mann, den Pastor, versetzte sie nicht zu stören.

Gites Vorahnung war in Erfüllung gegangen; eines Morgens nach Ostern hatte man den Reichgrafen Tede Volkerts tot in seinem Bett gefunden; man sah's an seinem Antlitz, ein ruhiges Ende war darauf geschrieben. Er hatte auch mehrfach in den letzten Monaten Lebensüberdruß geäußert; sein Leibgericht, der Fleischraten, selbst seine Enten hatten ihm nicht mehr schmecken wollen.

Und nun gab es eine große Leiche im Dorf. Droben auf oer West auf dem Begräbnisplatze um die Kirche war zu Westen eine mit Schmeldegitter umhegte Grabstätte; ein breiter blauer Grabstein stand jetzt aufgehoben gegen eine Trauerreide, auf welchem das Bild des Todes mit stark gezahnten Riefen ausgehauen war; darunter in großen Buchstaben:

Tat ist de Tod, de allens freit,
Nimmst Kunst un Wetenschop di mit;
De kloste Mann is nu vergahn,
Gott gäm' em selig Uppreihn.

Es war die Begräbnisstätte des frühverstorbenen Reichgrafen Tede Volkerts; nun war eine frische Grube gegraben, wo hinein dessen Leiche, der jetzt verstorbene Reichgraf Tede Volkerts, begraben werden sollte. Und schon kam unten aus der Markt der Leichenzug heran, eine Menge Wagen aus allen Kirchspielsdörfern; auf dem vordersten stand der schwere Sarg, die beiden blanken Kappen des beidseitigen Stalles zogen ihn schon den sandigen Anker zur West hinan; Schwalbe und Wägen der Pferde wählten in dem schmalen Frühjahrswind. Der Gottesacker um die Kirche war bis an die Wälle mit Menschen angefüllt, selbst auf dem gemauerten

Tore hatten Buben mit kleinen Kindern in den Armen; sie wollten alle das Begraben ansehen.

Im Hause dranten in der Markt hatte Elfe in Besel und Wohngefäß das Leichenmaß gerührt; alter Wein wurde bei den Gebeten hingestellt; an den Platz des Oberdeichgrafen — denn auch er war heut nicht ausgeblieben — und an den des Faktors je eine Flasche Langort. Als alles besorgt war, ging sie durch den Stall vor die Hoftür; sie traf niemanden auf ihrem Wege; die Angste waren mit zwei Gespannen in der Leichenzug. Hier blieb sie stehen und sah, während ihre Trauerkleider im Frühjahrswinde flatterten, wie drüben an dem Dorfe jetzt die letzten Wagen zur Kirche hinaufzogen. Nach einer Weile entstand dort ein Geräusch, dem eine Totenruhe zu folgen schien. Elfe jastete die Hände; sie konnten wohl den Sarg jetzt in die Grube. „Und zur Erde wieder sollst du werden!“ Unwillkürlich, leise, als hätte sie von dort es hören können, sprach sie die Worte nach; dann füllten ihrer Augen sich mit Tränen, ihre über der Brust gefalteten Hände sanken in den Schoß. „Vater unser, der du bist im Himmel!“ betete sie voll Inbrunn. Und als das Gebet des Herrn zu Ende war, stand sie noch lange unbeweglich da, die jetzige Herrin dieses großen Marktes; und Gedanken des Todes und des Lebens begannen sich in ihr zu kreuzen.

Ein ferres Rollen weckte sie. Als sie die Augen öffnete, sah sie schon wieder einen Wagen um den anderen in rascher Fahrt von der Markt herab und gegen ihren Hof herankommen. Sie richtete sich auf, blickte noch einmal scharf hinaus und ging dann, wie sie gekommen war, durch den Stall in die feierlich hergerichteten Wohnräume zurück. Auch hier war niemand; nur durch die Markt hörte sie das Rausoren der Räder in der Kirche. Die Festtafel stand so still und einjam; der Spiegel zwischen den Fenstern war mit weichen Tüchern zugestekt; und eben die Reißingstöpfe an dem Büfelerstufen; es blinnte nichts mehr in der Stube. Elfe sah die Türen vor dem Wandbett, in dem ihr Vater seinen letzten Schlaf erson hatte, offen stehen und ging hinzu und schob sie fest zusammen; wie gedankenlos las sie den Stanspruch, der zwischen Rollen und mit goldenen Buchstaben darauf geschrieben stand:

Hest du din Dagwerk richtig dün,
Da kummt de Slap von süßst her.

... noch von dem Großvater! — Einen Blick u ... den Wandschrank; er war fast leer, aber durch die ...

sie noch den geschliffenen Pokal darin, der ihrem Vater, wie er jetzt erzählt hatte, einst bei einem Ringreiten in seiner Jugend als Preis zuteil geworden war. Sie nahm ihn heraus und setzte ihn bei dem Gedes des Oberdeichgrafen. Dann ging sie aus Fenster, denn schon hörte sie die Wagen an der Weste heraufrollen; einer um den andern hielt vor dem Hause, und munterer, als sie gekommen waren, sprangen jetzt die Gäste von ihren Sitten auf den Boden. Händeringend und plaudernd drängte sich alles in die Stube; nicht lange, so setzte man sich an die festliche Tafel, auf der die wohlbereiteten Speisen dampften, im Besel der Oberdeichgraf mit dem Pastor; und Viren und lautes Schwagen ließ den Tisch entlasten, als ob hier niemand der Tod seine durchbare Stille ausgebreitet hätte. Stumm, das Auge auf ihre Gäste, ging Elfe mit den Mägden an den Tischen herum, daß an dem Leichenmahle nichts versehen werde. Auch Hauke Haien sah im Wohnzimmer neben Die Peters und anderen kleineren Besigern.

Nachdem das Mahl beendet war, wurden die weißen Leinwanddecken aus der Ecke geholt und angebracht, und Elfe war zu dem geschäftig, die gefüllten Kaffeetassen den Gästen anzubringen, denn auch der wurde heute nicht gespart. Im Wohnzimmer an dem Ende des eben Begrabenen stand der Oberdeichgraf im Gespräch mit dem Pastor und dem weißhaarigen Deichgevollmächtigten Jense Manners. „Alles gut, ihr Herren,“ sagte der erste, „den alten Deichgrafen haben wir mit Ehren beigelegt; aber woher nehmen wir den neuen? Ich denke, Manners, Ihr werdet Euch dieser Würde unterziehen müssen!“

Der alte Manners bot lächelnd das schwarze Zinnbüchlein aus seinen weißen Haaren. „Herr Oberdeichgraf,“ sagte er, „das Spiel würde zu kurz werden; als der verstorbene Tede Volkerts Deichgraf, da wurde ich Gevollmächtigter, und bin es nun schon vierzig Jahre!“

„Das ist kein Mangel, Manners,“ so lenkt Ihr die Geschäfte um sie besser und werdet nicht Rot mit ihnen haben!“ Aber der Alte schüttelte den Kopf. „Nein, nein, Herr Gnaden, laßt mich, wo ich bin, so laufe ich wohl noch ein paar Jahre mit!“ Der Pastor stand bei ihm. „Weshalb,“ sagte er, „nicht den ias Amt nehmen, der es tatsächlich in den letzten Jahren doch geführt hat?“

Der Oberdeichgraf sah ihn an. „Ich verziehe nicht, Herr Pastor!“ (Fortsetzung folgt.)

Unter der Lupe.

Die erste Lesung des Verfassungsentwurfes für den Freistaat Danzig.

Am Sonntag in die Tagesordnung des Oberbürgermeister Sa h m. Am Montag den ersten von der sozialdemokratischen Fraktion einbrachten Dringlichkeitsantrag:

Der Verfassungsausschuss wolle eine Kommission einsetzen, die die Aufgabe hat, die Bildung der Volksgemeinschaft nachzuprüfen. Genosse K r u g e r begründete die Dringlichkeit des Antrages, die anerkannt wurde. Dann erhielt er das Wort zur Begründung des Antrages selbst. Er führte aus, daß in die Volksgemeinschaft in erster Linie Verheiratete und Einheimische hineingehören, die an geordneten Verhältnissen in ihrer Heimat das größte Interesse haben.

Oberbürgermeister Sa h m betonte, daß die Gründung der Volksgemeinschaft von der preussischen Regierung und nicht von der Stadt Danzig ausgehe. Nachdem noch Redner anderer Fraktionen zum Wort gekommen waren und Genosse G r u n h a g e n besonders betont hatte, daß der Verfassungsausschuss bei der Gründung der Volksgemeinschaft die hoch von ganz besonderer Wichtigkeit für den zukünftigen Freistaat Danzig sei, vollständig übergegangen werde nach dem A u s s c h u ß den Antrag an.

Zur nun beginnenden Beratung des Verfassungsentwurfes nahm zuerst Oberbürgermeister Sa h m das Wort. Er wies auf die Kürze der Zeit hin, die zur Fertigstellung des Danziger Verfassungsentwurfes zur Verfügung steht, der dem zu erwartenden Entente-Kommissar vorgelegt werden. Als Vorbilder haben gebildet die Verfassungen des Deutschen Reiches, der Städte Hamburg, Bremen und Lübeck und die Preussische Städteordnung. Bei dem vorliegenden Entwurf sei dann besonders zu berücksichtigen gewesen die geringe Ausdehnung des zukünftigen Freistaates Danzig und daß es sich um einen Stadtstaat handle.

Nach Annahme eines vom Abg. K u r o w s k i (Zentrum) eingebrachten Geschäftsordnungsantrages, wonach zunächst ein Redner von jeder Partei sprechen soll, erhielt Genosse G r u n h a g e n das Wort.

Der Wichtigkeit wegen bringen wir seine Ausführungen in wörtlicher Wiedergabe.

Zunächst möchte ich zu den Worten des Oberbürgermeisters bemerken, daß ich ihm glaube, daß er etwas Gutes hat schaffen wollen und daß er nach seiner Ansicht mit dem Werke zufrieden sein kann. Wir müssen jedoch bekennen, daß wir etwas Besseres erwartet hatten, und zwar sind wir allgemein der Auffassung, daß dieser Entwurf mit der Demokratie sehr wenig zu tun hat. Er bildet nach unserem Dafürhalten keine geeignete Grundlage für die Beratungen. Würden wirkliche demokratische Gedanken in diesen Entwurf hineingearbeitet werden, dann würde dieses umgestaltet werden müssen.

Von dieser Erwägung ausgehend hat meine Fraktion beschlossen einen Gegenentwurf vorzulegen. Dieser Entwurf wird in kürzester Frist dem Verfassungsausschuss zugestellt werden.

An dem Entwurfe des Oberbürgermeisters können die Deutschen national unter Führung des Direktors Brunzen ihre helle Freude haben. (Zurufe aus der deutschen nationalen Partei.) Wenn Sie auch nicht offiziell zustimmen, im Herzen sind Sie doch zufrieden. (Brunzen: Sie kennen mein Herz noch lange nicht! Stürmische Heiterkeit.)

Von den Grundzügen der Reichsverfassung ist in diesem Entwurf sehr wenig zu finden. Nach dem Artikel 1 soll das Reichs- und das Stadtwappen eine Krone haben. Das ist an sich bedeutungslos, aber es beweist, daß man von dem Vergangenen noch nicht lassen will. Mit der Krone ist allerdings nicht die deutsche, sondern die polnische Krone gemeint. Die Polen werden sicher damit zufrieden sein, und es ist zu befürchten, daß damit ihre Ansprüche wachsen. So nebensächlich die Angelegenheit auch ist, es wird hier jedenfalls gezeigt, wohin die Richtung geht. Weiter haben wir bei Beratung der Wahlordnung mit Stimmenerhebung beschlossen, daß das Wort „Ganjesstadt“ wegzufallen solle. Und trotzdem finden wir jetzt im Verfassungsentwurf dieses Wort wieder. Ich bin der Meinung, daß zum mindesten nicht richtig ist, einen einmal gefassten Beschluß unbeachtet zu lassen. (Zuruf: Bräutertanz.)

Im Artikel 3 heißt es: Die Staatsgewalt wird von Senat und Bürgerschaft ausgeübt. Wenn der Oberbürgermeister sagt, daß dieser Entwurf auf der Reichsverfassung aufgebaut ist, dann möchte ich Sie bitten, nachzulesen, daß in der Reichsverfassung steht: „Die Staatsgewalt ist beim Volke.“ (Sehr richtig! links.) Wenn man diesen Punkt außer acht gelassen hat, so enthält der Entwurf eine reaktionäre Tendenz. Wir wünschen, daß, wie im Reich, auch im kleinen Freistaat Danzig die Staatsgewalt beim Volke liegt. Sie soll ausgeübt werden durch die Bürgerschaft. Der Senat ist das vollziehende Organ. Ich kann nicht verstehen, wie man in dieser grundsätzlichen Frage die Reichsverfassung außer acht gelassen hat.

Im alten Deutschen Reich bestand die Auffassung, daß, wenn es jemand in Preußen ungemütlich wurde, er nach den Hansestädten ging, wo die politischen Flüchtlinge bisweilen Unterschlupf finden konnten. Heute erleben wir das Gegenteil. Der Freistaat soll reaktionärer sein, als das Reich. Wir können uns nicht einverstanden erklären, daß die Staatsgewalt im Senat und in der Bürgerschaft liegen soll.

Der weitere Entwurf atmet dieselbe reaktionäre Tendenz. Zunächst kommt der Senat und dann erst die Bürgerschaft. Nach meinen Dafürhalten müßte es umgekehrt sein. Es scheint, als ob der Senat nicht des Volkes wegen, sondern das Volk des Senats wegen da ist. (Sehr richtig! links.) Der Senat marschiert immer voran und das Volk und die Bürgerschaft kommen hinten nach. Diese Auffassung wird unter allen Umständen aus dem Entwurf ausgeremert werden müssen.

Als wir bei Beratung der Wahlordnung den Antrag stellten, die Zahl der Mitglieder zur Verfassungskommision der Versammlung zu vermindern, wurde uns entgegengehalten, daß man davon aus Sparmaßregeln absehen solle. Wenn Senat müssen wir die Entlassung machen, daß diese Auffassung hier keine Geltung erlangt hat, sondern der Senat soll aus 12 Sachleuten auf 12 Jahre und aus 12 Mitgliedern auf 6 Jahre bestehen. Demgegenüber möchte ich bemerken, daß Absatz 14 Senatoren hat, Bremen 16, die Millionenstadt Hamburg 18, und der Schweizer Bundesstaat sogar nur sieben Senatoren. Des weiter a wird in dem Entwurfe dem Vorsitzenden des Senats, dem Präsidenten, eine Stellung eingeräumt, die wir nicht gutheißen können. Wir wollen keinen Präsidenten, sondern nur jemand, der im Senat den Vorsitz führt und bei den Beratungen gewissermaßen die Ordnung übernimmt. Wir sind der Auffassung, daß die Zahl der Senatoren erheblich beschnitten werden kann. Es genügt vollkommen, wenn fünf Senatoren vorhanden sind. Diese fünf Senatoren sollen allerdings nicht die Aufgabe haben, einzelne Ressorts zu übernehmen, sondern sie sollen die Regierung des Freistaates bilden. Sie sollen eine kollektive Bestände sein.

Bestand der Sachverständigen möchte ich sagen, daß diese Bestimmung eine reaktionäre Tendenz hat. Man über 40 Jahre wird an der Staatsverwaltung und an der Gesetzgebung teilzunehmen im Freistaat dazu über, uns dieses Recht zu beschneiden, heißt, daß die Arbeiter ausgeschlossen sein sollen, in die oberste Instanz des Freistaates hineinzukommen. Das ist keine Demokratie, das ist es vollkommen, wenn Kommissare oder Regierungsräte die bisherigen Magistrat der Stadt Danzig auf den Leib zugeschnitten ist. (Heiterkeit.)

Nach dem Verfassungsentwurf darf die Wählbarkeit zum Senat nur nach einem bestimmten Alter erfolgen. Wir sind aber der Ansicht, daß auch Personen jüngeren Alters Lädtiges für das Wohl des Staates leisten können. (Zuruf: 20 jährig!)

Artikel 12 und 18 der Verfassung bestimmen, daß die Geschäfte unter den Senatoren vom Präsidenten verteilt werden sollen. Bei dieser Frage möchte ich darauf hinweisen, daß in Absatz 1 die Vertretung über die Verteilung der Geschäfte vorkommt. Wir wollen verhindern, daß der Präsident eine Diktatorgewalt erhält. Von jeher haben wir die Diktatur von rechts und links abgelehnt. Wir haben nicht deshalb den Bolschewismus bekämpft, weil uns die Leute nicht angenehm sind, sondern weil wir jede Art Diktatur ablehnen. (Zu Frau Neu gemeldet: Ja, Käse, es ist schon nicht anders.) Stürmische Heiterkeitsausbrüche im Haus und auf den Tribünen.) Wir wollen, daß das Schwergewicht der Staatsgewalt in der Bürgerschaft liegt.

Nicht einverstanden sind wir mit der Bestimmung, daß jedes Gesetz, das die Bürgerschaft beschließt, vom Senat für ungültig erklärt werden kann, indem er seine Zustimmung verweigert. D. h. die Bürgerschaft zu einer beratenden Körperschaft heruntergedrückt, und letzten Endes wäre es der Senat, der die Gesetze macht.

Wenn wir die Zahl der Senatoren als viel zu hoch bezeichnen mußten, so ist die Zahl von 72 Bürgerschaftsmitgliedern entschieden nicht ausreichend. Auch bezüglich der Amtsdauer sind wir der Ansicht, den modernen Zeitverhältnissen entsprechend die Amtsdauer von vier auf drei Jahre herabzusetzen. Der Entwurf sieht zwar das gleiche, allgemeine und Verhältniswahlrecht vor, es fehlen aber die Bestimmungen, wer wählt und wie oft die Wähler sein sollen. Wir wünschen hier die Bestimmung: Alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen haben zu wählen.

Offen gelassen ist in dem Entwurf auch die Frage, ob an die Mitglieder der Bürgerschaft eine Entschädigung gezahlt werden soll, eine Frage, die wir prinzipiell bejahen.

Im Artikel 39 sind als Gegenstand der Gesetzgebung bestimmte Gebiete aufgeführt. Wir möchten, daß es ganz allgemeinen heißt: „Gegenstand der Gesetzgebung sind alle Angelegenheiten des Staates“, denn wir wollen nicht, daß der Senat da ein besonderes Vortrecht hat, sondern die Bürgerschaft die Instanz ist, die über alle Gesetze zu entscheiden hat. Von einem Volksentscheid ist in dem Entwurfe nicht die Rede. Wir sind der Ansicht, daß dem Volke im Freistaat Danzig das Recht zugesprochen werden muß, zu irgendwelchen wichtigen Gesetzen, wo Bürgerschaft und Senat oder ein großer Volksrat nicht einverstanden sind, Stellung zu nehmen, und zwar soll dieses Recht, den Volksentscheid anzurufen, dem kollektiven Senat oder einer Minderheit oder einem Zehntel der stimmberechtigten Bürger zustehen.

Für Verfassungänderungen steht der Entwurf eine Dreiviertel-Mehrheit vor. Wir glauben, daß eine Zweidrittel-Mehrheit genügend Sicherheit bietet, daß nicht alle Augenblicke Verfassungänderungen vorgenommen werden können. Im Artikel 42 wünschen wir, daß noch einige Behörden mehr aufgeführt werden. Ohne endgültig dazu Stellung zu nehmen, fordern wir z. B. unbedingt eine Behörde für Gesundheitswesen und eine für das Verkehrswesen.

Wir sind einverstanden, wenn mit Rücksicht auf die notwendige Schnelligkeit, mit der der Entwurf verabschiedet werden soll, um dem Entente-Kommissar etwas Abgeschlossenes vorzulegen, von der Erörterung der Grundrechte zunächst Abstand genommen wird. Wenn man aber die Grundrechte vorläufig ausschaltet, dann gehört auch der Artikel 45 nicht in den Entwurf. Die Bodenbesitze, Wasserkräfte und Verkehrseinrichtungen müssen dem Staat unbedingt gesichert werden.

Mit der Trennung des Vermögens von Stadt und Staat sind wir einverstanden; ebenso mit der Bestimmung, daß die ländlichen Vertreter über die Angelegenheiten der Stadt abreden sollen. Nicht einverstanden dagegen sind wir mit der Bildung von Landkreisen, weil nach unserem Dafürhalten das sogenannte System der Landratskreise auf den neuen Freistaat übertragen werden soll. Wir geben uns der Auffassung hin, daß man nicht die Absicht hat, die neu zu bildenden Landkreise mit dem alten landräthlichen Geiste zu erfüllen, sondern glauben, daß man manches modernisieren wird. Wir möchten aber, daß überhaupt nicht die Möglichkeit einer Wiederkehr der Landratswirtschaft wie unter dem alten Regime geschaffen wird. Wir geben zu, daß zwischen dem Senat und den Landkreisen ein Zwischenglied vorhanden sein muß, denn der direkte Verkehr zwischen Landgemeinden und Senat dürfte sich nicht empfehlen, weil er zu erschwerend wäre. Deswegen schlagen wir vor, an Stelle dieser drei Landkreise größere Amtsbezirke oder Zweckverbände zu setzen, und zwar nicht Amtsbezirke im alten Polizeisinn, sondern Amtsbezirke als Selbstverwaltungskörper. Die Zahl drei wäre dann allerdings zu wenig. Die Einteilung dieser Kreise muß dem Bedürfnisse der dort wohnenden Bevölkerung angepaßt werden. Die Frage der Abgrenzung der kommunalverbände wird man im Interesse der Entwurfsberatung zunächst einmal ausschneiden; diese Abgrenzung wird später durch ein besonderes Gesetz vorzunehmen sein.

Die Entscheidung über die Anstellung von Richtern durch einen Sachausschuss von 10 Personen birgt die Gefahr der Korruption. Diese Gefahr besteht viel weniger, wenn über die Anstellung eine größere Körperschaft, wie z. B. die Bürgerschaft entscheidet. Trotzdem übrigens durch Erlass des preussischen Justizministers für das Gebiet des Freistaates keine Richter mehr bestellt werden dürfen, sind in der letzten Zeit zwei Richter aus Thorn nach Danzig „verschoben“. (Zuruf von Frau Käse Neu: Guet Minister! Heiterkeit.) Wir schlagen daher vor, daß diesem Sachausschuss nur ein Vorschlagsrecht für Richter, der Bürgerschaft aber das Wahlrecht zugestimmt wird.

Lehrer und Lehrerinnen müssen als Staatsbeamte anerkannt werden.

Wir bedenken, daß in dem Entwurfe nicht die Instanz für die Verurteilung der Straftaten vorgesehen ist.

Der in Artikel 61 vorgesehene Entschädigungsausschuss über Streitigkeiten zwischen Senat und Bürgerschaft ist überflüssig, wenn die Verfassung geschaffen wird, wie wir es wünschen, nämlich, daß die Bürgerschaft entscheiden die Instanz ist und der Senat lediglich Ausführungsbehörde. Im übrigen stellen wir anheim, einen Staatsgerichtshof zu bilden, der mit beratenden Entscheidungen betraut werden könnte.

Wenn in den Übergangsbestimmungen vorgesehen wird, daß die preussischen und deutschen Gesetze, soweit sie nicht vorläufig in Kraft bleiben, so verstehen wir darunter in erster Linie auch die Gesetze, die nach dem 9. November 1918 gemacht wurden, denn die Revolutionsgesetze sind uns wichtiger, als die Gesetzesordnung von 1810 und ähnliche Krimsstrafs, den die Revolution erst beseitigt hat. (Beifall.)

Für ein sogenanntes Nebenparlament (Zweitkammer) sind wir nicht zu haben, sondern würden empfehlen, wenn eine Bürgerschaft von 72 Personen nicht ausreichend ist, diese durch Sachleute zu vergrößern. Dann haben wir ein einheitliches Parlament. Für ein zweites Parlament, das sich schließlich zu einem Preussischen Herrenhaus auszuwachsen würde, bedanken wir uns.

Redner schloß, indem er betonte, daß die Arbeiter in diesem Entwurf zu kurz kämen, daß er die reaktionäre Tendenz des Entwurfes dargetan zu haben glaube und mit der Hoffnung, daß dieser Entwurf für Danzig nicht Gesetz werden würde. (Beifall links.)

Der Oberbürgermeister suchte seinen Verfassungsentwurf zu verteidigen. Die polnische Krone im Wappen und der Name „Freie und Hansestadt“ hätten historische Berechtigung. Die Krone sei ein Entgegenkommen gegen Polen.

Bei der Ablehnung des Wortes „Hansestadt“, die bei der ersten Beratung der Verfassung erfolgt sei, könne es sich um eine Zufallsangelegenheit handeln. Mit einer Geldsackpublik habe dieser Vorschlag nichts zu tun. Zur Begründung der Notwendigkeit, dem Senat das Recht zur Gesetzgebung zu geben, führte der Oberbürgermeister folgende Entschlüsse des Vorstandes des Preussischen Städtetages an: Weit entfernt, Wert und Notwendigkeit der allgemeinen politischen Einflüsse auch auf dem Gebiet der städtischen Selbstverwaltung zu unterschätzen, ist der Vorstand des Preussischen Städtetages, doch der Überzeugung, daß für das Gemeinwohl eine Ergänzung der beschließenden Wirksamkeit einer wesentlich politisch orientierten Stadtverordnetenversammlung notwendig ist in Gestalt der Mitwirkung eines mitverantwortlichen Magistrats, der als ein Kollegium von Sachmännern mehr auch darauf eingestellt ist, die tatsächlichen Bedürfnisse der Verwaltung in den Vordergrund zu stellen. Die Erfahrung zeigt, daß gerade innerhalb der Magistratskollegien sich die Anschauungen der Parteipolitik in der praktischen Arbeit an den Verwaltungsaufgaben durchsetzen zu einer sachlich-geschäftlichen Art der Behandlung, des den Entscheidung des Gemeinwohls zum größten Vorteil gereicht.

Fabian (Dem.) bezieht sich auf Genossen Grünhagen einer Inge-nauigkeit. Nach seiner Angabe heißt es in der Deutschen Reichsverfassung nicht: „Die Staatsgewalt ist beim Volke“, sondern „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Er folgert daraus die Berechtigung des im vorliegenden Entwurfe enthaltenen Satzes: „Die Staatsgewalt wird vom Senat und Bürgerschaft ausgeübt“. Des weiteren drückt er seine Befriedigung aus über das Zurückkommen auf den Namen „Hansestadt“, wendet sich gegen das Wappen und erklärt für seine Partei die Ablehnung der jetzigen Staatsverfassungspolitik. In der Senatsfrage stimmt er mit dem Oberbürgermeister nahezu überein. Die Bildung einer zweiten Kammer erklärt er als unglücklich. Das Kapitalistenherz des Demokratenführers offenbarte sich besonders, als er in Uebereinstimmung mit seinem Freund F e h r m a n n erklärte, daß wir nicht alle Gesetze, die jetzt in der deutschen Republik Gültigkeit haben, in Danzig und Vogen übernehmen könnten. Insbesondere liegen diesen Herren die neuen Steuererlasse, die den Besitz scharf angreifen, und eine Reihe anderer neuer Gesetze (wahrscheinlich das Betriebsrätegesetz) schwer im Magen.

Schwagemann (Dnat.) begründete einen Antrag, seiner Partei auf Schaffung einer berufsständigen Vertretung als Faktor der Gesetzgebung in allen Fragen wirtschaftlicher Art.

Der Sprecher des Zentrums, K u r o w s k i, war gegen die Machtpolitik der Senatoren und verlangte, daß der Schwerpunkt der Gesetzgebung bei der Bürgerschaft liege. Am sprach er sich gegen die vorgeschlagenen Zahlen der Senatsmitglieder und der Bürgerschaft aus. Während die letztere zu hoch bemessen ist, sei die letztere zu gering. Er erklärte sich gegen das Fachparlament.

Dr. Kubacz (Pole) wünschte, den Entwurf im Allgemeinen im demokratischen Sinne noch zu verbessern. Unannehmbar ist für ihn die Festlegung der deutschen Sprache als Amtssprache.

Nachdem K a u noch seine Uebereinstimmung mit den von Gen. Grünhagen gemachten Ausführungen erklärt und für die Durchführung des Betriebsrätegesetzes sich eingesetzt hatte, beantragte Genosse G r u n h a g e n die Fortsetzung der Debatte über den Verfassungsentwurf in der nächsten Sitzung. Die Versammlung war damit einverstanden.

Darauf wurde die Sitzung um 7.40 Uhr geschlossen. Das Gens. tritt am nächsten Montag wieder zusammen.

Soziales.

Auszählung der Rentenzuschläge.
Die auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 31. 12. 18 (RSBl. 1919, S. 2) zuständige Rentenzuschläge sind jetzt überwiegend zur Auszahlung gelangt. Abgesehen von einem noch ausstehenden Rest, dessen Anweisung die Pensionsregelungsbehörden in den Industriegebieten wegen der außerordentlich großen Zahl von Pensionsberechtigten nicht in gleichem Maße wie die übrigen Pensionsregelungsbehörden haben fördern können, werden allgemein nur diejenigen Empfängerberechtigten noch nicht in den Bezug des Rentenzuschlages getreten sein, deren Aufenthaltsort der Pensionsregelungsbehörde nicht bekannt ist. Die Zahlbarmachung konnte von Amtswegen daher nicht bewirkt werden. Demnach werden sich zweckmäßig alle Versorgungsberechtigten, die noch einen Anspruch auf Rentenzuschlag zu haben glauben, unter Angabe ihres ständigen Aufenthaltsortes an die zuständige Pensionsregelungsbehörde zu wenden haben. Zuständig ist diejenige Regierung usw., welche die sonstigen Versorgungsgebühren zuletzt zahlbar gemacht hat. Keinen Anspruch auf Rentenzuschlag haben diejenigen Inwafiden, welche die Pension 5. Klasse gemäß § 70 d. S. 71 beziehen, ferner Dienstzeitrentenempfänger, die nicht auch gleichzeitig auf Grund von Gewerkschaftsmitgliedschaft versorgungsberechtigt sind.

Deutscher Bauarbeiter-Berband

Um 28. Sept. verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Robert Gutowski

im Alter von 53 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Okt., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Bartholomäi-Kirche aus statt.
Um rege Beteiligung der Kollegen ersucht
4726 Der Vereinsvorstand.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Dienstag, den 30. September 1919, abends 8 Uhr
Dauerkarten D 1 zum 3. Male
Liselott von der Pfalz
Schauspiel in vier Akten von Rudolf Presber und Leo Walther Stein.
Mittwoch, den 1. Oktober 1919, abends 5 Uhr
Dauerkarten E 1
Die Balküre
Handlung in 3 Akten von Richard Wagner.
Donnerstag, den 2. Oktober 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten A 2
Die im Schatten leben
Drama auf der roten Erde in 4 Akten von Emil Kolenow.
Freitag, den 3. Oktober 1919, abends 8 Uhr.
Martha
Oper in 4 Akten von Fr. v. Flotow.

Variete Wintergarten Danzig

6 1/2 Täglich! Täglich! 6 1/2

Heute Dienstag, d. 30. September
Unwiderrufflich letzter Tag der Konkurrenz.

Es haben noch zu ringen um den 3. und 4. Preis:

Pinetzký gegen **Rikler**
Poin-Kingertress gegen Wäntzenberg
um den 1. und 2. Preis:

Hinke gegen **Schwarz**
Europatreister gegen Weltmeister

Beide Kämpfe bis zur absoluten Entscheidung.

Nach den Ringkämpfen:
Proklamation der Sieger und öffentliche Preisverteilung.

1. Preis 5000 Mk. 2. Preis 2500 Mk.
3. „ 1500 Mk. 4. „ 1000 Mk.

Außerdem dem Sieger einen wertvollen Ehrenpreis.

Heute
Schluß der Spielzeit 1919.

Volkshochschule Danzig

Künstlerischer Abend

Sonntag, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
in der Aula der Oberrealschule St. Petri, Danzig.

Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.

Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.

Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.

Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.
Eintrittspreise: 5 Mk. für Kinder, 3 Mk. für Erwachsene.

Haushaltwaren
4. Angebot unseres billigen Verkaufs

Bürstenwaren

Staubbesen Borsten	13.00	10 ⁵⁰
Staubbesen Roßhaar	14.75	12 ⁵⁰
Handfeger Borsten	6.50	4 ⁵⁰
Handfeger Roßhaar	6.75	5 ⁵⁰
Glanzbürsten	2.75, 2.00	1 ⁷⁵
Auftragbürsten	45, 35	15 ³
Schmutzbürsten		1 ⁷⁵
Kopfbürsten	3.75, 3.25	2 ⁷⁵
Klosettbürsten		1 ⁹⁵
Scheuerbürsten	3.25, 1.85	95 ³

Holzwaren

Kleiderleisten	3.75, 2.75	95 ³
Handtuchleisten	2.50	2 ⁰⁰
Handtuchhalter	6.25	5 ⁵⁰
Frühstücksbrettchen	1.50	1 ²⁵
Putz- oder Wichskasten	5.50	3 ⁷⁵
Aermelplättbrett	2.25	1 ⁸⁵
Schlüsselleisten	2.75, 2.00	1 ⁵⁰
Kartoffelstampfer	1.50	95 ³
Fleischbretter	3.85, 2.85	2 ⁴⁵
Besteckkasten		3 ⁵⁰

Korbwaren

Handkörbe bemalt	10.50, 8.75	7 ⁷⁵
Handkörbe offen	15.75, 13.50	10 ⁷⁵
Handkörbe mit Deckel	15.50, 14.50	11 ⁵⁰
Staubtuchkörbe		3 ²⁵
Papierkörbe	8.50, 7.50	6 ⁵⁰
Markttaschen		5 ⁵⁰
Einkaufsbeutel	2.75, 2.25, 1.45	95 ³
Waschkörbe oval	10.75, 9.75	8 ⁷⁵
Kinderkörbchen	2.50	1 ⁷⁵
Zeitungsmappen	6.50	4 ⁵⁰

Taschenlampen	3.85	2 ⁵⁰
Batterien		1 ⁴⁵

Freymann

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.
Nur bis einschli. Donnerstag:
Das sehenswerte Programm!
Ellen Richter in
Das Kloster von Sendomir
Drama in 5 Akten mit außerordentlich. Handlung.
Die geheimnisvolle Villa
Ein Abenteuer des berühmten Detektivs Stuart Webb (Ernst Reicher) in 4 höchstspannend. Akt.
Ab Freitag, den 3. Oktober:
Räches Gift
oder: „Warum das Weib am Mann leidet und der Mann am Weib.“
Ein Filmwerk in 5 Akten.
Dazu: „Der Mann im Keller.“
Großer Stuart Webb-Film.
In Kürze: Moral und Sinnlichkeit.
Preise der Plätze: Sperrplatz 1.50 Mk., 1. Platz 1.50 Mk., 2. Platz 1.20 Mk., 3. Platz 1.10 Mk.

Sammler-Sängerverein
Jeder Dienstag u. Freitag vollst. neues Programm
Volkshochschule
Falsches Geld
Erster Kriminalroman in 4 Akten aus der großen Detektiv-Serie des berühmten Fred Horst. Ergänzung für Danzig.
Sein Herzblut
Drama eines Geächteten in 5 Akten nach der bekannten Novelle von R. Dönnert.
Wester-Weche 4722
Reizvolle Berichte aus alter Welt.
Ab Freitag: Detektive Sittenstudie
Gefahren der Straße.
Erfolgreiche A. Ritterkapelle.

Städtischer Brennholz-Verkauf
Lager: Schützensteg Nr. 8
neben Germania-Brotfabrik.
Breite für Aloben u. Anüppel
nur ab Hof
1 rm Mark 42.—
1/2 „ „ 21.—
1/3 „ „ 14.—
Dienholz und Sparherdholz
gleichpreisig
jede Kiepe Inhalt ab Hof frei Haus
1/2 rm Mk. 5.— Mk. 5.50
Für Anfuhr nach den Vororten Mk. 5.60
Kassenstunden:
Schützensteg: 8—12 und 2—6 Uhr
Kammereikasse 7 1/2—12 Uhr.
Danzig, den 18. August 1919.
Die Beauftragten des Holzverkaufsausschusses.
Der Magistrat. (4364)

Anla der Technischen Hochschule
Gewandhaus-Quartett
(Leipzig)
Mittwoch, 2. Oktober, abends 7 Uhr:
1. Kammermusik-Abend des Gewandhaus-Quartetts
Eintrittspreise: 7.—, 5.—, 4.—, 2.50 Mk.
bei W. F. Baur, Langgasse 39.

Sporthalle.
Täglich 7 Uhr:
Gastspiel Fritz-Steidl-Gesellschaft
Hurrah! Die neue Revue!
Lachen! Lachen!
Der Flug um die Welt
5 Bilder! Musik von Viktor Hoffmeyer.
Kein Kino.
Anschauen! Vorzeiger dieser Annonce zahlt an der Kasse der Sporthalle für 2 Parkettplätze statt 4.— nur 2.— Mk. pro Bild! Nur gültig bis 4. Oktober. 4356

Winterpaletot
fast neu,
1 Kinderjambel
zu verkaufen.
Kühnert, Ohra,
Redaunerstr. 15, 2 Tr.
Kleine Fabrik
macht für 100 Brand 60l.
Schulmaschinen
sucht zu kaufen. Angeb.
mit Preisang. auf B 68
an d. Exp. d. Bl. (4718)

Volkspflege
Bemerkung: Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Polsterverfall.
— Sterbehilfe —
Ankunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsbüro 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.
Karbid
waggonweise auch i. Kleinstmengen, Lampen, Nähmaschinen, Fahrräder, Mäntel und Schläuche, Milchentrüfungsfesere zu billigsten Preisen.
Reparaturen führe an obgenannten Maschinen sowie an Molkereimaschinen zu staunend billigen Preisen auch außer dem Hause aus. (4552)
L. Fenslau, Peterstr. 9.
Telephon 1112.
Rheuma, Hexenschuß, Neuralgie und ähnl. Leiden
besichtigt sofort das ärztlich erprobte (4266)
MESAL
Fl. M. 2.75 allein echt durch:
Adler-Apothek, Ohra, (4363)
Engel, Tschierberg, 68,
Drog. O. Bolzard, Kass. Markt 1a
„ A. Jahnke, Weingasse
„ B. Fasel, Junkerg. 12
Minerva-Drog., 4. Danzig
Drog. W. Gassner, Alst. Grd. 11-30
Haus-Drogerie, Postp. 11,
Drog. A. Lindenberg, Kohleng. 2
„ K. Koch, 7. Danzig
„ M. Seauert, Langstr. 111,
„ B. Scholz, Schichang, 1
Th. Stylo, Fischmarkt 1-3,
Löwen-Drogerie, Paradiesg. 4.

Have noch
Kaffeebohnen
zu verkaufen. Jungtiere 6 Mark, alte Jungtiere 30 Mark, versende auch per Nachnahme gegen Vergütung des Postos. (4720)
Adolf Janko,
Kösten b. Prank.
Der der Ortsgruppe Danzig des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist die Stelle eines Ortsbeamten vom 15. Oktober zu belegen. Bewerber müssen entweder ein Jahr dem D. E. V. angehören, oder drei Jahre gewerkschaftlich organisiert sein. Bewerbungsverfahren sind bis spätestens den 5. Oktober an das Büro des Deutschen E. V. Verbandes Schild 9 part. zu richten.